



Bündnis 90 / Die Grünen • Osthofenstr. 20 • 59494 Soest

Kreis Soest
Herrn Landrat Riebniger
Hoher Weg 1-3

59494 Soest

KREISTAGSFRAKTION

Postanschrift: Osthofenstr. 20
59494 Soest

Telefon: 0 29 21 / 76 74 85
Telefax: 0 29 21 / 76 74 25
e-Mail: fraktion@gruene-kreis-soest.de

Bankverbindung: Sparkasse Soest
BLZ 414 500 75
Kto.Nr.: 300 60 95

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Ihr Gesprächspartner

Datum

Ilona Kottmann-Fischer

14.Nov. 2005

Antrag vom 14.Nov.2005 zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.Nov. 2005: Verträge mit Wohlfahrtsverbänden

Sehr geehrter Herr Landrat Riebniger,
Sehr geehrte Frau Soldat,

für die Vertragsvergabe an die freien Wohlfahrtsverbände für die Jahre 2007 bis 2011 beauftragen wir die Verwaltung, der Politik eine Angebotsstruktur über die Hilfen und Aufgaben vorzulegen, die die Verwaltung für ihre BürgerInnen im Kreis Soest aus fachlicher Sicht derzeit vorhält und auch zukünftig vorhalten will. Vor dem Hintergrund der gewünschten Angebotsstruktur sind dann die Vertragsverhandlungen zwischen den Wohlfahrtsverbänden und der Verwaltung zu führen.

Begründung:

Die Verwaltungsvorlage beschreibt inhaltlich keine Aufgabe, auf die nach Meinung der Verwaltung verzichtet werden kann oder die nur in reduzierter Form fortgesetzt werden soll. So stehen Angebote wie z.B.:

- ☞ Suchtberatung
- ☞ Behindertenberatung
- ☞ Schulpsychologische Beratung
- ☞ Erziehungsberatung
- ☞ Pflegekinderdienst
- ☞ etc.

auf dem Prüfstand.

Unsere Fraktion fragt sich:

- Sind diese Angebote aus Sicht der Verwaltung für die BürgerInnen im Kreis Soest nicht mehr notwendig?
- Warum bezieht die Verwaltung keine klare Position zu Angeboten und Qualität der Leistung der freien Träger?
- Warum werden Verträge mit Festbeträgen in namhaftem Umfang ausgenommen?

Für uns sind des weiteren die Beanstandungen des Rechnungsprüfungsamts bezüglich der Sachkosten nicht nachzuvollziehen, da das KGST-Gutachten bezüglich der Sachkosten 7/2003 „Kosten eines Arbeitsplatzes“ für einen Büroarbeitsplatz von Kosten in Höhe von 15.600,- Euro zzgl. Gemeinkosten ausgeht. Die Sachkosten können nach unserer Auffassung nicht auf den Stand des Jahres 2000 eingefroren werden, sondern sollten sich an der Fortschreibung der KGST-Gutachten orientieren.

Im Bereich der Erziehungsberatungsstellen ist zu dem absehbar, dass die finanziellen Zuschüsse des Landes in den kommenden Jahren weiter sinken werden. Diese fehlenden Mittel zur Aufgabenbewältigung können aus Sicht unserer Fraktion nicht ohne weiteres von den freien Trägern aufgefangen werden, da es sich um eine kommunale Aufgabe handelt.

Vor dem dargestellten Hintergrund tragen wir die in der Verwaltungsvorlage genannten Einsparungen ohne eine Diskussion über vorzuhaltende Angebote im sozialen Bereich im Kreis Soest nicht mit. Grundsätzlich ist nicht nachzuvollziehen, warum gerade der soziale Bereich, in dem es um Förderung, Hilfe und Integration von Menschen, insbesondere in schwierigen Lebenslagen, geht, so radikal auf dem Prüfstand steht.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90 / Die Grünen
Kreistagsfraktion

Ilona Kottmann-Fischer